Antifaschistische Aktion

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

April 2018 • No 45 • 0.8€



GEGEN Imperialistischen Krieg und Faschismus!

GEGEN Repression, Überwachung und die Abschaffung demokratischer Rechte!

GEGEN Den Abbau und Kürzungen von Sozialleistungen!

FÜR internationale Solidarität und den vereinten Kampf!

FÜR die Stärung des kämpferischen Antifaschismus!

FÜR eine kämpferische Front gegen die Angriffe des Kapitals!

1. MAI 2018: 200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre Kommunistische Partei in Österreich!

Arbeiter aller Länder, vereingt euch!

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die *Antifaschistische Aktion* 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die *Antifaschistische Aktion* erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

100 Jahre Oktoberrevolution - Aktionsgedicht

Dunkel ist es, die Straße ist Menschenleer
doch aus einer Gasse kommen ein paar Leute her
nun stehen sie vor einer grauen Wand
Kleister-Plakat-Kleister, schon wird diese nicht mehr erkannt

Anderorts, abends um halb acht
eine Diskussion über die sowjetische Arbeiterschaft
am Ende ballen sie die Fäuste und rufen mit voller Kraft
"Alles ist Blendwerk außer der Macht"

Am nächsten Tag werden Flyer verteilt
anfangs achtest du nicht darauf
doch dann fällt dir eines auf,
wie die Plakate, zeigen sie wie man in die eigene Kraft vertraut

Eine große Kampagne sie fegt übers Land
sie lehrt, in der Oktoberrevolution nahm das Proletariat die Macht selbst in die Hand
Es wurde geführt von der Kommunistischen Partei
die machte Schluss mit der Ausbeuterei

Lernt zu kämpfen wie Lenin, Stalin und das Sowjetische Proletariat
denn, wie in der Kampagne schon gesagt:
Nur wer von den Kämpfen lernt und diese Lehren nicht vergisst
der ist ein Proletarischer Internationalist



Weitere Bilder, Berichte und Beiträge sind zu finden auf: oktober1917.wordpress.com

Kopftuchverbot für Kinder gefordert



Strache und Kurz haben ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, auf Unis, Schulen und Kindergärten gefordert. Als ersten Schritt wollen sie in Kindergärten und Schulen das tragen von Kopftüchern verbieten. Sie nennen das Gesetz, dessen Entwurf schon in Auftrag ist, heuchlerisch „Kinderschutzgesetz". Damit wollen sie zeigen, dass Österreich ein säkularer Staat sei, und nennen es eine Integrationsmaßnahme, die dem sogenannten „politischen Islam entgegentreten soll". In Deutschland haben sich schon viele hochrangige CDU-Mitglieder rund um Angela Merkel, unter anderem Horst Seehofer, dafür ausgesprochen, dieses rassistische Gesetz auch zu übernehmen.

Dieses Gesetz ist aber kein „Kinderschutz", es ist rassistisch und bedeutet nichts anderes als Diskriminierung von Muslimen. Das demokratische Recht der Religionsfreiheit wird mit Füßen getreten, ansonsten wären entweder alle religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden verboten oder alle erlaubt. Es wird ja auch keinem Kind gesetzlich verboten, ein Kreuz um den Hals zu tragen, um es zu "schützen". Ebenso wenig werden Kinder in Österreich "geschützt", wenn es um die Frage des Reliogionsunterrichts oder der Erstkommunion geht - diese nicht der katholischen Kirche oder einfach gar keiner Glaubensgemeinschaft angehören und dadurch einem großen Druck, Benachteligung oder sogar "Mobbing" ausgesetzt sind. (was vor allem in kleineren Gemeinden häufig vorkommt). Dieser offensichtliche anti-muslimische Rassismus wird mit der Säkularität Österreichs gerechtfertigt - in einem Land wo in beinahe jedem Klassenzimmer ein Kreuz hängt!

Hinter diesem "Kinderschutzgesetz" steht nichts anders als antimuslimischer Rassismus, der dazu genutzt wird abzulenken und zu spalten! Denn dieses Gesetzt kommt nicht zufällig zu einer Zeit, in der andere große Angriffe auf die gesamte Bevölkerung vorgenommen werden. Allen voran die Budgetpläne der Regierung, das Sicherheitspaket und die mögliche Auflösung der AUVA. In der Öffentlichkeit werden aber vor allem jenen Pläne breitgetreten, die sich „nur" gegen Muslime richten!

Kickl: Weitere Verschärfungen im Asylrecht!



Ab Sommer sollen Daten auf den Handys von Geflüchteten standardmäßig ausgewertet werden dürfen – gegen jegliches Recht auf Privatsphäre! Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird de facto ausser Kraft gesetzt werden. Man soll Flüchtlingen bis zu 840 Euro für "Verfahrenskosten" abnehmen können und Krankenhäuser werden dazu verpflichtet, bei einer Behandlung von Flüchtlingen vorraussichtliche Entlassungstermine zu melden!

Weg mit den faschistischen Verschärfungen des Asylrechts!

Für sofortiges und unbedingtes Bleiberecht!

KORRESPONDENZ

Rassismus immer und überall bekämpfen!

Rassismus ist vielen ein Begriff und die Meisten meinen von sich selbst, dass sie nicht rassitisch sind, merken jedoch oft nicht, dass sie selbst rassistische Äußerungen von sich geben.

Diese „versteckte" Form des Rassismus, die in den Köpfen der Menschen verankert ist und immer wieder zum Vorschein kommt, bezeichnet man als Alltagsrassismus. Vor allem diese Art ist sehr häufig, denn kaum einer würde von sich offen zugeben Rassist zu sein, das passiert meist versteckt bzw. unbewusst.
Rassismus gegen religiöse und nationale Minderheiten wird tagtäglich geschürt, von der herrschenden Politik. Vor allem antimuslimischer Rassismus ist stark vertreten, bleibt aber auch oft unbemerkt. Das Kopftuchverbot beispielsweise, ist in manchen Schulen schon länger existent.

Doch jetzt entsteht die Frage was man dagegen unternehmen kann. Erstmal muss Rassimus erkannt werden, nur dann kann man gegen ihn vorgehen. Das sollte auch ein größeres Thema an Schulen werden, weil dieses Thema eben sehr vernachlässigt oder völlig ignoriert wird. Viele Lehrer zum Beispiel machen oft bewusst oder unbewusst rassistische Witze oder Bemerkungen und geben schlechtere Noten für MigrantInnen her. Das Kopftuchverbot wird kaum thematisiert usw.
Viele wissen gar nicht, dass sie rassistisch sind oder rassistische Meldungen machen. SchülerInnen die nicht aus Österreich kommen fällt das viel öfter auf. Lehrer oder auch Schüler machen oft Meldungen die sehr beleidigend und abwertend sind, für viele „normale" Österreicher als ganz normal durchgehen, in Wirklichkeit aber Ausdruck des Rassismus sind. Von Migranten wird verlangt, dass sie sich „integrieren", was so viel heißen soll wie die eigene Sprache abzulehnen, automatisch schlechtere Noten zu bekommen, später weniger Lohn zu bekommen oder beleidigt zu werden.

Rassismus muss bekämpft werden, egal wie er sich äußert! Rassismus dient dazu die Leute gegeneinander auszuspielen. Wehren wir uns dagegen und organisieren wir uns beispielsweise an den Schulen – gegen Rassismus!

Aktivistin der Initiative Stahlstadt gegen Faschismus

"Ned sudern, kämpfen!"

EINGEKASTELT

Solidarität mit den Angeklagten der Anatolischen Föderation!

Die Anatolische Föderation organisierte mit Unterstützung von der Antifaschistischen Aktion, der Antiimperialistischen Koordination und der KPÖ Steiermark ein Solidaritätstreffen gegen die Kriminalisierung sechs ihrer Mitglieder wegen angeblicher Verbindungen zur DHKP/C ("Türkische Volksbefrei- ungsfront"), die von der Türkei und der EU als terroristisch eingestuft ist. In der Veranstaltung standen im Mittelpunkt die Antiterrorparagraphen 278a und 282, die besagen, dass finanzielle, politische oder sonstige Arten der Unterstützung von terroristischen Organisationen strafrechtlich verfolgt werden.

Die Zusammenhänge die der Staat zwischen DHKP/C und der Anatolischen Föderation zieht, sind auf zwei Ereignisse basiert: Eine unter dubiosen Umständen geführten Razzia des Vereins der Anatolischen Föderation und einen uniformierten Ersten Mai Auftritt. Die Zusammen- hänge sind lose, aber die Nachricht ganz klar: Vorwände zur Terrorisierung von linken Vereinen. Durch die Antiterrorparagraphen, kann unter Willkür des Staates jeder als Terrorist bezeichnet und auch gegen ihn vorgegangen werden. Dass im Block der Anatolischen Föderation eine Gruppe von Personen rote Fahne schwenkend, in Uniformen, Bilder von ermordeten DHKP/C Aktivisten hochhielten, scheinen dem Staat Vorwand genug zu sein, um die Gruppe als terroristisch zu bezeichnen. Wird das Schwenken einer roten Fahne in Zukunft nun auch als terroristisch eingestuft werden?
Ein Unterstützer brachte die Problematik gut auf den Punkt. Er meinte, wenn es diese Paragraphen zu den Zeiten der Proteste gegen das AKW Zwenttendorf gegeben hätte, hätten die Demonstrierenden als terroristisch eingestuft worden müssen.

Die Angeklagten die anwesend waren, teilten die Informationen der Anklagen mit, sowie auch die Schikanen durch die Justiz, der sie ausgesetzt waren. Eine Angeklagte wurde unter Zwang von ihrer Wohnung abgemeldet, während andere durch Razzien terrorisiert und mit Auslieferungen nach Deutschland bedroht wurden. Sie betonten, dass es das Recht eines jeden sei, sich frei und kritisch äußern zu können und politische Bekenntnisse zu zeigen, wie es vor allem am 1. Mai der Fall ist.

In den vielen Wortmeldungen und Diskussionen wurde hervorgehoben, dass es bei diesem Prozess hauptsächlich darum gehe, einen Präzedenzfall zu schaffen um linke und fortschrittliche Teile der Bevölkerung zu verfolgen. Der Prozess gegen die Aktivisten der Anatolische Föderation geht daher alle revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Organisationen und Kräfte etwas an. Deshalb ist die politische Unterstützung der Angeklagten eine ernste und wichtige Angelegenheit für alle fortschrittlichen Gruppen und Personen, unabhängig davon, ob man mit den politischen Positionen der Anatolischen Föderation übereinstimmt.

Stellen wir uns entschieden gegen die Jagd des Staates auf linke Bewegungen!

Solidarität mit den Angeklagten der Anatolische Föderation!

Veranstaltung zur Verteidigung der Angeklagten | 24. April 2018 | 18:30
Amerlinghaus, 7. Bezirk, Wien, Stiftg 8
Veranstalter: Solidaritätskomitee Anatolische Föderation

BERICHT

Demonstration: Weg mit dem Überwachungspaket

Am 4. April, wurde in einigen Städten gegen das „neue" Überwachungspaket demonstriert. In Linz beteiligten sich 200 Leute, was deutlich mehr ist als in den letzten Jahren, in Graz waren es sogar über 1000!

Es wurde auch die „AfA" verkauft, die gerne genommen wurde und zu guten Diskussionen führte. AktivistInnen von „Stahlstadt gegen Faschismus" verteilten in Linz Flugblätter gegen das Überwachungspaket und riefen dazu auf, sich zu organisieren, um gemeinsam gegen das Überwachungspaket weiterzukämpfen. Wie uns berichtet wurde, konnten einige Leute auch mobilisiert werden, weiter aktiv zu sein, was zeigt, dass diese antidemokratische und faschistische Politik immer weniger „geschluckt" wird und die Leute dagegen aktiv werden wollen.
Weiters beteiligte sich die Solidarwerkstatt am Protest und mobilisierte dabei auch gegen die EU-Datenschutz-Verordung, die von der Regierung in Österreich umgesetzt wird.

Die Aktionen haben gezeigt, dass es wichtig ist, sich mit allen zusammenzuschließen die gegen Überwachung und Repression kämpfen wollen! Es geht ja auch nicht darum, dass politische AktivistInnen „nur" gegen eine Verschärfung der Bedingungen in der politischen Arbeit kämpfen, es geht darum die demokratischen Rechte der gesamten Bevölkerung zu verteidigen!
Das Überwachungspaket ist nicht nur ein „kleiner Brocken" in einer Reihe von antidemokratischen Gesetzen, sondern ein groß angelegter Angriff auf die ➡

Bevölkerung in Österreich. Das dieser auch immer mehr als solcher erkannt wird, zeigt die steigende Beteiligung an den Protesten! Jetzt geht es darum, dass wir nicht nachlassen, auch wenn das Überwachungspaket „durch“ ist! Wir müssen kreativ sein und uns als AntifaschistInnen überlegen, wie wir unter den herrschenden Bedingungen unsere Arbeit am besten entwickeln können!



Weg mit dem Überwachungspaket!



Demonstration gegen das Überwachungspaket, Linz, 4.4.2018.

"Sie sagen, es ist gut für euch, aber es wird immer repressiver!"

Korrespondenten der "AfA" unterhielten sich im zuge von Protesten gegen das Überwachungspaket mit AktivistInnen aus Frankreich über Überwachung und Repression im Vergleich. Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge des Gesprächs:

In Österreich gab es Proteste gegen das „neue“ Überwachungspaket. In Frankreich wurde der Ausnahmezustand, der einige Male verlängert wurde, in der Verfassung verankert. Was könnt ihr im Vergleich dazu sagen?

1995 gab es ein Attentat in Frankreich, seit dem gibt es den Einsatz von Militär im Inneren. Wichtige Orte wurden in verschiedenen Niveaus als „gefährlich“ eingestuft. Beim niedrigsten Niveau darf die Militäreinheit die Waffen nicht geladen haben, beim höchsten Niveau schon. Die Uni an der ich studiert habe war beispielsweise „Rot“ eingestuft, es war immer Militär vor der Uni, man brauchte eine Karte um sich anzumelden, sonst konntest du nicht hinein.
Mit dem Ausnahmezustand gab es noch mehr Militär überall: vor Schulen, Konzerten, am Flughafen,... Sie haben den Ausnahmezustand benutzt, um die Proteste niederzuhalten und politische Gegner unter Hausarrest zu stellen. (...)

Während des Ausnahmezustandes gab es 4500 Hausdurchsuchungen, davon wurden 750 Leute unter Hausarrest gestellt, 15% ohne richterlichen Beschluss. 77 Leute wurden vor Gericht bestraft und von denen nur 20 für terroristische Sachen, das sind 0,5%! Jetzt sind noch 40 von den Hausarresten in Kraft. Während des Hausarrestes muss man sich bis zu 3x pro Tag melden, für viele ist das sehr schwierig, vor allem finanziell!

Bundestrojaner gibt es offiziell nicht. Vor knapp zwei Jahren wollte die Regierung unter Hollande mit dem neuen Verfassungsgesetz eine Software auf jedes Smartphone und jeden Computer installieren, mit der sie alles überwachen können.

Aktuell sind große Proteste und Kämpfe in Frankreich. Einerseits die Streiks der Eisenbahnarbeiter, aber auch die Studentenproteste. Wisst ihr etwas über Repression, bzw ist es wirklich „neu“, dass Polizei oder Faschisten Studentenproteste angreifen?

Jetzt ist es sehr gewalttätig und repressiv. Vor 10 Jahren war ich bei Studentenprotesten dabei, sie hatten alles gesperrt, wir waren eingekesselt, aber es gab nicht so viel Gewalt. Die öffentliche Meinung ist heute anders. Jetzt hört man oft: „Sie haben demonstriert, sie sind selbst schuld.“, Leute haben Mitleid mit dem Polizisten, der dafür verantwortlich ist, dass Demonstranten das Augenlicht verlieren... Das war nicht so vor 5-10 Jahren.

An einer Uni beispielsweise hat „jemand“, der Direktor, die Tür geöffnet und eine Gruppe von 15-20 Leuten hineingelassen, um die StudentInnen die eine Versammlung machten hinauszuprügeln. Am nächsten Tag hat der Direktor im Fernsehen gesagt, dass die Studenten selbst daran schuld sind. Ein bis zwei Personen von der Schläger-Gruppe wurden als Professoren der Fakultät erkannt, das hat die Proteste noch einmal verstärkt.

Was denkt ihr ist wichtig für AntifaschistInnen, um auf diese neuen Überwachungsgesetze zu reagieren?

Vor allem ist es wichtig die Leute zu informieren und sich selbst zu informieren, was das alles genau bedeutet. Zum Beispiel, dass sie bei Hausdurchsuchungen mitten in der Nacht die Tür einschlagen. Bei technischen Maßnahmen ist das Problem, dass die meisten sich nicht damit auskennen, es ist schwierig wenn man die Technologie nicht versteht. (...) Wichtig ist, dass man Werkzeuge hat die man benützen kann, um sich zu wehren und das man das auch verbreitet.

Warum denkt ihr ist es wichtig, sich gegen das „Überwachungspaket“ oder Sicherheits- und Repressionsgesetze zusammenzuschließen und zu wehren?

Weil es eine offene Tür für die nächsten Schritte ist und weil ich den Politikern nicht vertraue! Sie sagen, es ist gut für euch, aber es wird immer repressiver!
Wenn sie solche Gesetze verändern, wird es immer schwieriger zurückzugehen. Zum Beispiel vor zwei Jahren wollte keine der Parteien aus dem Ausnahmezustand zurückgehen. Am Anfang war er für zwei Wochen (...) und am Ende waren es zwei Jahre. Jetzt ist es nicht mehr „Ausnahme“, jetzt ist es Gesetz.

Heraus zum 1. Mai!

Dieses Jahr feiert die Arbeiterklasse einen ganz besonderen 1.Mai: weltweit geht es darum den 200. Geburtstag des Begründers des wissenschaftlichem Sozialismus, Karl Marx, hochzuhalten und in Österreich auch noch darum die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs in ihrem 100. Jahrestag hochzuhalten!

1. Mai 2018: 200 Jahre Karl Marx und 100 Jahre Kommunistische Partei in Österreich!

Die Arbeiterklasse kann stolz sein, auf ihre Vorkämpfer und Begründer! So ist es uns auch wichtig, die Gründung der KPÖ hervorzuheben. Denn so sehr die KPÖ heute bei weitem keine revolutionäre Partei mehr ist (sondern im Gegenteil eine kleinbürgerliche Partei die nichts mit den Interessen der ArbeiterInnen gemeinsam hat), so sehr hat sie jedoch eine große Geschichte revolutionärer Kämpfe und so sehr war sie eine Partei der ArbeiterInnenklase!

Im Vorfeld hat sich die Redaktion der AfA mit AktivistInnen des „Roten Blocks" der 1.Mai Demonstrationen unterhalten und nachgefragt, was 2018 im Zentrum der eigenen politischen Kampagnen stehen wird:



Wien 1. Mai 1946: Kommunisten tragen im Zeichen des proletarischen Internationalismus, die Fahne der 11. Brigade (der Internationalen Brigaden) aus dem spanischen Büregkrieg.

„Für uns ist klar, dass im kommenden Jahr, neben sehr wichtigen Feierlichkeiten und Aktionen für den Begründer des Kommunismus, Karl Marx, die Frage der Kommunistischen Partei ganz zentral sein wird, immerhin feiern wir 100 Jahre Kommunistische Partei in Österreich! Die KPÖ war eine wirklich revolutionäre Partei, die großartige KämpferInnen und sowie politische und ideologische Errungenschaften hervorbrachte, auf die wir heute stolz sein können und auf die wir aufbauen müssen. Die Geschichte der KPÖ beweist uns, dass es um Revolution machen zu können auch eine revolutionäre Partei braucht – diese muss heute wieder geschaffen werden! Daher treten wir heuer am 1.Mai mit der Losung „Alles für die Revolution! Alles für die revolutionäre Partei!" auf. Dazu tragen wir die Köpfe der 12 Helden des Zentralkomitees der KPÖ, jene welche unter den schwierigsten Bedingungen des Naziterrors die KPÖ für den antifaschistischen Kampf reorganisierten. Das sind wichtige Helden unsere Klasse, die dementsprechend hochgehalten werden müssen!"

Als „AfA" werden wir ebenso bemüht sein, in den kommenden Ausgaben diese Besonderheiten des Jahres 2018 widerzuspiegeln und dementsprechende Beiträge zu machen!

200 JAHRE KARL MARX

Ein Ausschnitt aus dem Leben des Begründers des Kommunismus

Am 5. Mai 2018 wird überall auf der Welt der 200. Geburtstag von Karl Marx gefeiert. Ein Anlass der nicht nur alle Kommunisten und Revolutionäre zur Aktion ruft, sondern auch viele selbsternannte „Marxisten" nutzen diesen wichtigen Tag um die Lehren von Karl Marx für sich zu benutzen. Wer war jedoch Karl Marx? Was hat er getan? Warum sind seine Lehren bis heute die Grundlage für alle siegreichen Revolutionen?

Karl Marx wurde als drittes von neun Kindern in einer jüdischen Familie in Trier (heutiges Deutschland) geboren. Sein Vater war Anwalt, wurde jedoch wegen seinem jüdischen Glauben daran gehindert diesen Beruf auszuüben, weshalb er zum Protestantismus übertrat. Schon seit seiner Kindheit erfuhr Karl Marx was es bedeutet unterdrückt zu werden und so ist es auch verständlich, dass sich die ersten politischen Schriften von Marx mit dem Judentum beschäftigen. Karl Marx wuchs in einer Zeit auf wo sich die alte Welt gerade im Auflösungsprozess befand und eine neue im kommen war, die Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolution. Mit der Entwicklung des Kapitalismus beginnt auch der proletarische Klassenkampf sich den Weg zu bahnen, der Kampf jener Klasse die Karl Marx als „die letzte Klasse der Geschichte" definiert.

Der junge Karl Marx zeichnete sich durch seinen starken Drang nach der Erkenntnis der Widersprüche in der Welt aus und so tritt er sein Studium in Geschichte und Rechtswissenschaft an um sich mit den fortschrittlichsten Ideen seiner Zeit vertraut zu machen. Die Ideen des Materialismus und der Dialektik beginnt er durch sein tiefes geschichtliches Verständnis auf die neue Zeit des Kapitalismus anzuwenden und schafft dabei die wissenschaftliche Grundlage für den Kampf um den Kommunismus: Den wissenschaftlichen Sozialismus. Mit Karl Marx wurde der Sozialismus, der als Idee schon vor ihm bestanden hat, zu einer Wissenschaft. „Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. dass der Klassenakmpf notwenig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen un dzur klassenlosen Gesellschaft bildet." (Karl Marx, 1852)

Karl Marx war in keinster Weise nur ein Ökonom oder nur ein Wissenschaftler, Karl

"Im Laufe des ganzen Jahres stellen die Arbeiter ständig, bald hier, bald dort, verschiedene Teilforderungen an die Unternehmer und kämpfen für diese Forderungen: bei der Unterstützung dieses Kampfes müssen die Sozialisten stets auf den Zusammenhang mit dem Befreiungskampf des Proletariats in allen Ländern hinweisen. Und der 1. Mai muss der Tag sein, an dem die Arbeiter die feierliche Erklärung abgeben, dass sie sich dieses Zusammenhanges bewusst sind und sich diesem Kampf mit aller Entschlossenheit anschließen."
(Lenin)

Liebe LeserInnen, AntifaschistInnen, bewusste ArbeiterInnen: HERAUS ZUM 1.MAI 2018!

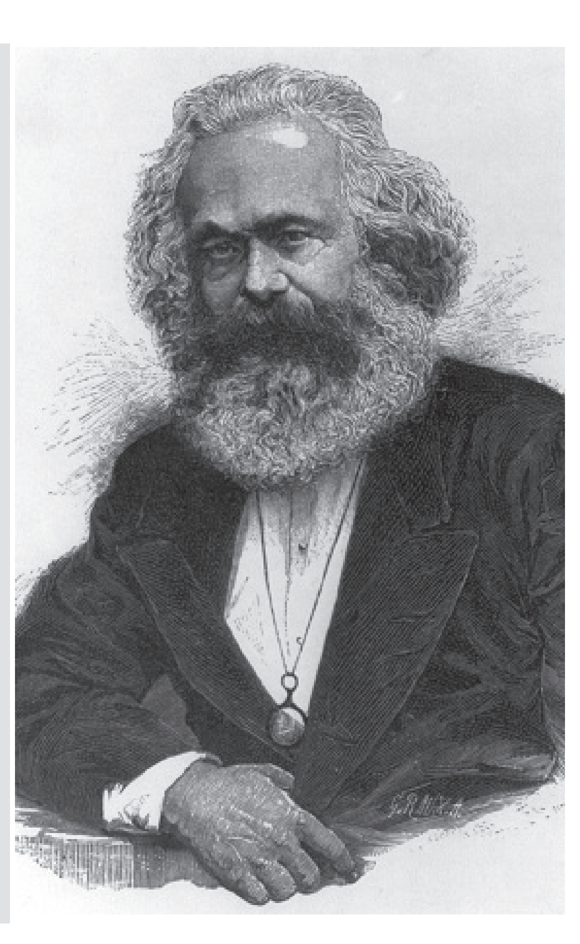
„Alles für die Revolution! Alles für die revolutionäre Partei!“

Wo ihr euch auch beteiligt, am diesjährigen 1. Mai muss der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, und muss die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hochgehalten werden!
Schreibt uns Berichte, schickt uns Fotos von Aktionen zum 1.Mai 2018!

Wir wünschen euch allen einen feierlichen und kämpferischen 1.Mai 2018!
Hoch die internationale Solidarität!
eure AfA Redaktion

Marx war Kommunist. Sein ganzes Leben widmete er der Aufgabe die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen. Seine politische Arbeit, die eng Verknüpft war mit seinem Genossen Friedrich Engels, gipfelte in der Gründung der Ersten Internationalen Arbeiterassoziation, einem Internationalen Zentrum der Proletarischen Weltrevolution. Den Beweis für die Richtiggkeit seiner Lehren gab die Pariser Commune, die erste Diktatur des Proletariats, die 1871 in Frankreich errichtet wurde.
Karl Marx verschrieb sein ganzes Leben, seine ganze Zeit und Kraft dem Proletariat. Nicht aus sentimentalen Gründen, sondern weil nachwies dass das Proletariats die einzig konsequent revolutionäre Klasse ist, die nichts anderes zum eigenen Ziel hat als die Aufhebung der gesamten Klassengesellschaft. Karl Marx verstand die Notwendigkeit einem Prozess zu dienen den es objektiv gibt: „Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine ganze Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Die Herrschenden wussten schon damals wie gefährlich ihnen der Marxismus werden kann, weshalb Karl Marx ständiger Verfolgung und Repression ausgesetzt war. Zeitungen die er gründete wurden verboten, er musste drei Mal ins Exil gehen und Ausbürgerungen standen an der Tagesordnung. Doch all die Versuche diesen ersten großen Führer des Proletariats zum Schweigen zu bringen scheiterten, bis zu seinem Lebensende gab er alles um dem Proletariat eine Führung zu schaffen. Karl Marx starb sehr arm und in Krankheit 1883 in London. Auch wenn er es nicht mehr erleben konnte wurde seine Lehre, der Marxismus zur Grundlegenden Ideologie aller Revolutionen und Befreiungsbewegungen der Welt – zur Begründung des Kommunismus.



Was bedeutet die Zerschlagung der AUVA für die Bevölkerung?

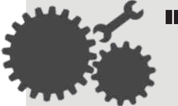
Mit der Drohung, dass die AUVA aufgelöst und ihre Aufgaben in andere Sozialversicherungen eingegliedert werden, setzen die Herrschenden alles daran die AUVA zu zerschlagen.

Beides bedeutet für die ArbeiterInnen einen massiven Einschnitt bei der Versorgung von Unfällen, egal ob Arbeitsunfälle oder Freizeitunfälle. Ziel der Herrschenden ist es, die Kosten der AUVA um 40% zu senken. Dieser Angriff wurde von den Vorgängerregierungen schon lange vorbereitet. Seit Jahren werden die Versicherungen und Krankenkassen kaputt gespart. Ärzte und besonders Pflegepersonal ist schon heute unterbesetzt. 60-Stundenschichten, viele Nachtdienste und mangelndes medizinisches Material haben schon längst dazu geführt, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung immer schlechter geworden ist. Eine allgemeine Unfallversicherung ist für die ArbeiterInnen aber sehr wichtig, weil sie garantiert, dass ärztliche Versorgung und Rehabilitation nach Unfällen zumindest teilweise sichergestellt werden. Die Kapitalisten wollen, dass die Arbeiter für sie arbeiten und Profite schaffen, dann sollen sie auch dafür bezahlen, wenn dabei ArbeiterInnen zu Schaden kommen.

Solange die Kapitalisten an der Macht sind, die Krankenkassen und Versicherungen unter ihrer Kontrolle sind, wird es für die Bevölkerung keine Gesundheitsversorgung geben die voll und ganz im Interesse der Massen der Bevölkerung steht.

Das bedeutet aber keinesfalls, dass es heute nicht gerechtgfertigt und wichtig ist für den Erhalt sowie auch den Ausbau der gesundheitlichen Versorgung zu kämpfen!

Korrespondenz aus dem Betrieb



"Rund-Um-Schlag" bei der ÖBB

In der letzten Ausgabe der AfA stand im Artikel zur "Umfärbung" der ÖBB, dass es nicht darum gehe lauter Nazis ins Amt zu holen, sondern möglichst geschlossen gegen die Arbeiter vorzugehen. Das kann ich nur bestätigen! Seit der neuen Regierung und zuletzt mit dem neuen Aufsichtsrat hat sich da schon einiges bei uns getan.

Zum Beispiel ist neu, dass wir eine genaue Zeitaufzeichnung führen müssen, wie lange wir an welchem Stück, an welcher Maschine gearbeitet haben. Ich kenn das schon von früher, das haben sie immer dann gemacht, wenn sie Stellen einsparen wollten, oder wenn sie wollten, dass wir in weniger Zeit mehr arbeiten.

Mir kommt vor neu ist, dass es nicht einzelne Bereiche betrifft, sondern, dass hier ein ziemlich großer "Rund-um-Schlag" vorbereitet wird! Alt hingegen ist, dass wir selber was dagegen machen müssen, auf unsere Gewerkschafter oder die SPÖ zu warten hat noch nie was genutzt!

Sepp, Arbeiter bei der ÖBB

"Wir wollen keine dritte Piste"

Es gibt nun grünes Licht für den Ausbau der dritten Piste am Flughafen Wien/Schwechat. Nach der Zustimmung der Umweltministerin Köstinger (ÖVP), welche eine ihrer ersten Aktionen in ihrem Amt war, genehmigte das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) das Megabauprojekt.

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) kam zu einem neuen Urteil indem er jenes des BVwG vom Juni 2017, welches die Piste ablehnte, wieder aufhob. Daraufhin prüfte das BVwG die Sachlage nochmals, ganz nach dem Motto „was nicht passt wird passend gemacht".

Die Kapitalisten geben alles um ihr Megaprojekt als nützlich und sogar „klimaneutral" zu verkaufen. Sie argumentieren beispielsweise, dass durch die dritte Piste Flieger ohne Schleifen zu fliegen landen können. Mit Solaranlagen und eine Regenwasserkläranlage geben sie sich umweltfreundlich und wollen die Bevölkerung einlullen. Zudem sollen 30.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, wovon aber letztendlich die Kapitalisten profitieren werden.

Weltweit sind über 500 neue Flughäfen geplant wodurch ein bis zu 7facher Anstieg der Emission bis 2050 zu erwarten sei. 90% der Flüge am Flughafen Wien sind Kurzstreckenflüge, die wegen öfteren Start und Landungen mehr Treibstoff benötigen als bei Langstreckenflügen. Doch es zahlt sich aus, weil es auf Kerosin immer noch keine Steuern gibt und Flughäfen von einer Grundsteuer befreit sind. Das Flugzeug ist das energieintensivste und klimaschädlichste Verkehrsmittel. Laut Schätzungen würde der Flughafen Wien mit der dritten Piste allein 10 Millionen Tonnen klimawirksame Emission pro Jahr produzieren. Im Vergleich wird durch den gesamten österreichischen Straßenverkehr 22 Millionen Tonnen produziert. Klimaschutz ist in der österreichischen Verfassung verankert, doch offensichtlich wird genauso wie mit der Neutralität darüber hinweg geschaut, wenn die Kassa klingelt.

Die Folgen der dritten Piste sind erhöhter Fluglärm und mehr Schadstoffe, speziell für die Menschen in der Umgebung. Bereits mit der zweiten Piste klagten über 40% der Bewohner in Favoriten (10. Bezirk) über den erhöhten Lärm. Die Anrainer protestierten in den vergangen Jahren bereits sehr entschlossen gegen eine dritte Piste. Es kam auch immer wieder zu Protesten von UmweltaktivistInnen welche Hauptsächlich symbolische Proteste waren wie z.B. Raddemos. Am 9.4. demonstrierten AktivistInnen gegen den Bau der Piste und gegen die Abschaffung der Nachtzugstrecke Wien-Prag-Berlin, da Züge eine umweltfreundlichere Alternative wären, die man hiermit abgebaut hat.

Weg mit der dritten Piste!
Nieder mit dem Kapital!

WIEN

Kämpferischer Protest gegen Faschisten und Antifeministen

Am Samstag, den 14. April, haben sich KorrespondentInnen der Antifaschistischen Aktion an einer antifaschistischen und feministischen Kundgebung beteiligt. Der Protest richtete sich gegen eine Demo von offenen Faschisten, die den Mord an einer deutschen Jugendlichen in der Stadt Kandel für ihre rassistische und frauenfeindliche Hetze instrumentalisieren wollten. Aufgerufen zu der faschistischen Demo hat der Initiator von PEGIDA-Wien, Emanuel Nagl und es haben sich auch Vertreter der AfD aus Deutschland daran beteiligt. An der antifaschistischen Gegenkundgebung nahmen obwohl nur sehr kurzfristig mobilisiert werden konnte, etwa 50-60 AntifaschistInnen und FeministInnen teil und machten damit deutlich, dass die Faschisten nicht unwidersprochen marschieren können.

Trotz der niedrigen Zahl an GegendemonstrantInnen schaffte es die kämpferischen AntifaschistInnen durch laute Parolen und gemeinsames singen von antifaschistischen und revolutionären Liedern eine lebendige und aktive Stimmung zu verbreiten. „Feuer und Flamme dem Patriarchat – Gegen Sexismus im Alltag und im Staat!“ und „Frauen kämpft gegen Rassismus, Kopftuchverbot und Sexismus!“ waren Parolen die von vielen AntifaschistInnen mit gerufen wurden. Als die Faschisten dann marschierten, wurden sie von den AntifaschistInnen mit Parolen wie „Alerta, Alerta Antifascista!“ gestört. Die AfD in Deutschland ist so wie die FPÖ in Österreich ein Teil der aggressivsten Vertreter des Kapitals der jeweiligen Länder. Ihr vorgeschobener Grund „unsere Frauen zu beschützen“, muss als heuchlerische Lüge bezeichnet werden. Denn es sind genau jene Kräfte die die Frauen als „schwaches“ und „minderwertiges“ Geschlecht bezeichnen, deren „natürlicher“ Platz im Haushalt und bei der Kindererziehung ist. Der antifaschistische und feministische Kampf darf jedoch nicht nur gegen einen Teil der Herrschenden gerichtet sein. Denn auch durch die vorherige Rot/Schwarze Regierung wurden antidemokratische Gesetze durchgeboxt wie z.B. das Überwachungspaket (welches von der Schwarz/Blauen Regierung übernommen wurde), das Burkaverbot oder Einschränkungen im Demonstrationsgesetz. Es muss den FeministInnen und AntifaschistInnen klar sein, dass alle Parlamentsparteien im Interesse des Kapitals und damit des Patriarchats handeln. Dass es Gewalt an Frauen auch von Teilen der Massen gibt, wo auch Migranten dazugehören, ist klar, doch wird die Gewalt an Frauen hauptsächlich von einem patriarchalen System geschürt und gefördert, weshalb sich der Kampf aller Feministinnen gegen den Imperialismus und gegen das Patriarchat richten muss, sowie gegen die offenen Faschisten die die Stiefeltruppen dieses Systems darstellen!

Frauen wehrt euch und kämpft!
Nieder mit dem Kapital!
Weg mit Schwarz/Blau!
Kämpferischer Antifaschismus voran!





Bild links: antifaschistische und feministische Kundgebung. Bild oben: Kundgebung der Faschisten.

1200 Euro Mindestpension? Aber nicht für Frauen!

Die „Anhebung“ der Mindestpension auf 1200€, die die Schwarz-Blaue Regierung nun beschlossen hat, richtet sich vor allem gegen Frauen und MigrantInnen. 40 Jahre Beitragszeiten können nämlich vor allem Frauen nicht aufweisen, wenn sie Kinder haben und diese betreuen mussten. Bei diesem Beschluss wird offensichtlich, dass es reine Heuchelei ist von „Mindestpension“ zu reden, die aber nur für eine Minderheit ist (Frauen, viele MigrantInnen oder Arbeitslose haben nicht 30 Jahre eingezahlt, usw...)

So wird die Abhängigkeit der Frauen vom Ehemann (Ehepaare sollen 1.500€ Mindestpension erhalten) und vom Staat vertieft, denn ein großer Teil der Frauen bekommt ohnehin so wenig Pension, dass sie auf Beihilfen vom Staat angewiesen sind. Die Pension bedeutet für viele Frauen heute schon steigende Armut. Eine Mindestpension als „fair“ anzupreisen, obwohl ein großer Teil der Gesellschaft von vornherein ausgeschlossen ist, ist ein Angriff gegen die werktätigen Frauen und zeigt, dass die Frauen heute nur dazu da sind gratis Kinder zu erziehen und billige Arbeitskräfte zu sein!

Frauen – wehrt euch und kämpft gegen die aktuellen Angriffe!
Keine Beitragszeiten für den Erhalt der Mindestpension!

UNGARN

Große Massenproteste gegen die Regierung!

In den vergangenen Wochen zeigten mehrere Hunderttausende ihren gerechtfertigten Zorn gegen die rassistische und antidemokratische Politik der Fidesz-Regierung. Es ist dies ein weiterer Höhepunkt in einer Reihe von Protesten in den letzten drei Jahren.
Schon unter der MSZP-SZDSZ (Sozialdemokratische Partei, 2002 - 2010) wurde der Verkauf des Landes an ausländische Konzerne vorangetrieben. Sie haben ebenso wie die jetzige Regierung an der Ausplünderung durch die Imperialisten mitgenascht. Gleichzeitig werden demokratische Rechte, wie Medienfreiheit abgebaut und von der Fidesz-Regierung wird zensiert. Schon bei den Studentenprotesten im Februar versuchte die Regierung die DemonstrantInnen einzuschüchtern mit Geldstrafen, Hausdurchsuchungen, Drohungen und Festnahmen.

Liberale Kräfte und die „Opposition“ versuchen nun den gerechtfertigten Protest und den Zorn der Bevölkerung zu nutzen, um die Position in der imperialistischen EU zu stärken. Dabei stütze sie sich auf einen angeblichen Kampf zwischen „rassistischer“ und „antirassistischer“ Politik, nur um zu vertuschen dass es um Klassenkampf und um den Befreiungskampf vom imperialistischen Joch geht. Der Parlamentarismus wird dabei als einzige Möglichkeit dargestellt die angebliche Demokratie herzustellen.

Schließt euch zusammen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die



BURKINA FASO





Eine lange Geschichte des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes



Eine Korrespondentin der "AfA" besuchte eine Buchvorstellung über Burkina faso („Land der Integren. Burkina Fasos Geschichte, Politik und seine ewig fremden Frauen“ von Günther Lanier) in Linz:

„Mit meinem Blut stille ich die Unterdrückung“ (aus einem Gedicht gegen den französischen Kolonialismus)

Die Buchvorstellung war gut besucht, ca 40 Leute waren da. Der Vortragende lebt selber seit 16 Jahren in Burkina, wo er sich vor allem mit der Exzersion (Genitalverstümmelung von Frauen) und Gewalt an Frauen beschäftigt. Obwohl ich nicht alle Standpunkte teile, die er zum Ausdruck brachte, sind einige Punkte doch wichtig hier zu erwähnen.
Burkina Faso hieß vor 1983 „Obervolta“, der Name den es von den französischen Kolonialherren bekam. Thomas Sankara, der ab 1983 versuchte, das Land aus den Fesseln des Imperialismus zu befreien, aber nach 4 Jahren ermordet wurde, nannte es Burkina Faso, was soviel wie „Land der aufrechten Menschen“ heißt.
Das heutige „Staatsgebiet“ ist ein Produkt der imperialistischen Raubzüge und Verteilungskriege, ein wichtiges Datum dabei ist die „Berliner Konferenz“, oder auch „Kongokonferenz“ die von Ende 1884 bis Anfang 1885 auf Initiative Bismarcks in Berlin stattfand und die Aufteilung Afrikas durch die Kolonialisten Europas und den USA in Grundzügen festlegte. 1960 wurde Burkina Faso offiziell als „unabhängig“ erklärt, die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Imperialisten (vor allem durch Frankreich) wurde vorher noch durch zahlreiche Verträge und Abkommen „sichergestellt“ und Burkina wurde als Halbkolonie weiter ausgeblutet. Mit Thomas Sankara, ein kleinbürgerlicher Nationalist, der heute noch ein großes Symbol für antikolonialen und antiimperialistischen Widerstand ist (bei den Aufständen 2014 wurde sein Bild mitgetragen), wurde versucht radikale Reformen umzusetzen, um eine eigenständige Entwicklung des Landes voranzutreiben. 2014 waren die größten Volkskämpfe in Burkina seit 1983. Die Volksmassen stürmten das Regierungsgebäude und verjagten den verhassten Präsidenten Blaise Compaore, der seit der Ermordung Sankaras das Land für die Imperialisten verwaltete. Die selbe Partei führt jedoch bis heute das Land weiter im Dienste der Imperialisten.

Die Buchpräsentation war ein Besuch wert, man erfuhr vieles über die Geschichte und die aktuellen Kämpfe Burkina Fasos. Die Geschichte Burkina Fasos ist in den letzten 200 Jahren eine Geschichte des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes!

INDIEN

22. April: Gründungstag der Kommunistischen Partei Indiens (M-L)!

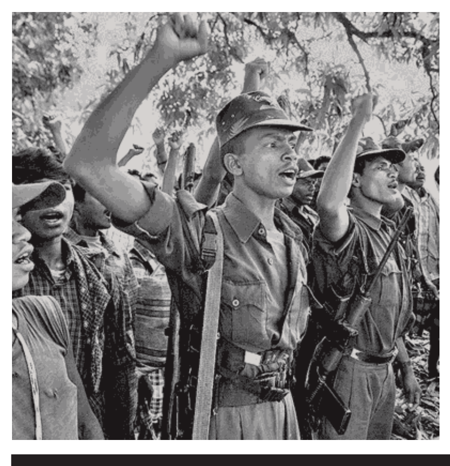
Indien hat eine lange Geschichte des Widerstandes, vom Kampf gegen die koloniale Ausplünderung und Unterdrückung zum heutigen Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, den hindufaschistischen Terror und den imperialistischen Krieg gegen die Volksmassen!

Große Teile der Bevölkerung Indiens kämpfen heute inmitten des Volkskrieg, geführt von ihrer Partei, der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) [KPI (maoistisch)], gegen den imperialistischen Terror, Ausplünderung, Patriarchat und Hindufaschismus. Ihr Perspektive ist klar, sie stehen in den Reihen der Revolution, kämpfen und arbeiten hart daran die neue Ordnung der Macht der ArbeiterInnen und Unterdrückten aufzubauen.
Die KPI (maoistisch) ist heute eine große, entwickelte Partei, die in Mitten der Massen steht und eine feste Verbindung, besonders zu den untersten Schichten der Massen hat.

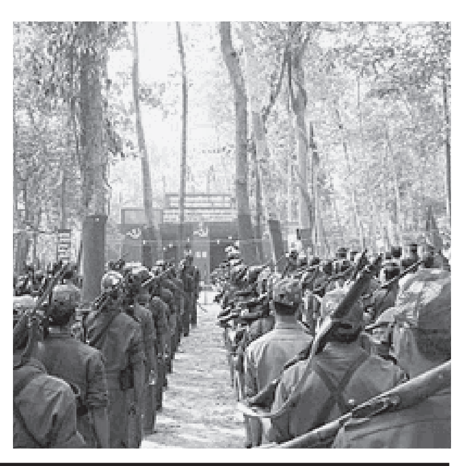

Charu Mazumdar

Die Entstehung der KPI (maoistisch) geht auf den Naxalbari-Aufstand 1967 zurück. Es war der erste Aufstand, indem nicht nur Land und mehr Rechte gefordert wurden, sondern bewaffnet um die Macht gekämpft wurde. Zeitweilig wurden damals 300 Dörfer befreit. Charu Mazumdar wurde in diesen Kämpfen als wichtigster kommunistischer Führer geschmiedet. Im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus wurde unter seiner Initiative 1969 die Kommunistische Partei Indiens Marxistisch-Leninistisch [KPI (M-L)] gründet – am 22. April!

Charu Mazumdar wurde 1972 im Gefängnis ermordet, doch sein Erbe und sein Geist leben heute in der KPI (maoistisch) weiter. Im historischen Einheitskongress 2004 vereinten sich nach längeren ideologischen Auseinandersetzungen und gemeinsamen Kämpfen gegen den Feind, die KPI (M-L) und die Partei Maoistisches Kommunistisches Zentrum (MCC) zur heutigen Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch). Die KPI (maoistisch) konstituierte und schmiedete sich über Jahrzehnte des Kampfes, in Mitten des Volkskrieg, sie ist die revolutionäre Partei der kämpfenden Massen in Indien und Vorbild und Inspiration für Millionen Massen und Revolutionäre weltweit!








Karl Marx
200 jahre
1818 - 2018
PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!